



17.05.2022 Stellungnahme des Rates für Nachhaltige
Entwicklung

Zeitenwende für eine konsequente Nachhaltigkeitspolitik

– Empfehlungen des Nachhaltigkeitsrates zur
Sicherung der globalen Nachhaltigkeitsperspektive
angesichts des Krieges in der Ukraine –



Deutschland und Europa stehen vor einer Zeitenwende

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine bedroht Frieden, Freiheit und Menschenrechte in ganz Europa und gefährdet unsere politische und wirtschaftliche Ordnung. Er erfordert unsere ganze Solidarität mit der Ukraine und eine bestmögliche Unterstützung für die Ukraine. Der Krieg und seine Folgen insbesondere für die Energieversorgung und die globale Ernährungssicherheit führen uns zugleich auf brutale Weise vor Augen, wie dringend die sozial-ökologische Transformation für Sicherheit, Menschenrechte und Wohlergehen aller Menschen ist.

Der Krieg und seine Folgen machen die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals (SDGs)) schwieriger. Ungleichheit und strukturelle Armut werden sich weiter verschärfen. Umso wichtiger ist, dass wir uns bewusst machen, worauf es jetzt wirklich ankommt: Für den Weg aus der Krise brauchen wir ein neues Miteinander in Deutschland, neue Allianzen in Europa und mit globalen Partnern sowie eine klare Vision für die Zeit nach dem Krieg. Zögern oder gar ein Rollback der Klima-, Umwelt- und Agrarpolitik sind angesichts der aktuellen Erkenntnisse zum Fortschreiten der Klima- und Biodiversitätskrise keine Option.

Der RNE fordert in dieser Situation von allen Entscheidungsträger*innen in Regierung und Opposition, sowie in Wirtschaft und Gesellschaft, den Kompass in Richtung Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Klimaneutralität – der Erreichung der SDGs und der Pariser Klimaziele – auszurichten. Wenn Maßnahmen des akuten Krisenmanagements, etwa zum Abbau bestehender Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern, kurzfristig negative Nachhaltigkeitseffekte haben, ist es umso notwendiger, parallel die Anstrengungen für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Resilienz zu verstärken.

Nationale, europäische und globale Leitentscheidungen sind notwendig

Der RNE empfiehlt, folgende Leitentscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene zu treffen:

Leitentscheidungen auf nationaler Ebene

1. Schon vor dem Krieg kam dem Umbau des Energiesystems die größte Bedeutung für die Transformation zur Klimaneutralität zu. Nun rücken der Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem der Solar- und Windenergie, sowie der Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft auch ins Zentrum der Sicherheitspolitik. Ein Transformationsturbo ist notwendig, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren und die vereinbarten



Klimaziele zu erreichen. Das setzt nicht nur schnellere Verfahren voraus, sondern auch einen neuen gesamtgesellschaftlichen Konsens. Der Rat appelliert daher an alle Parteien und Fraktionen in Bund und Ländern, den Schulterschluss für eine solche nationale Kraftanstrengung und die entsprechende Umsetzungs- und Innovationsdynamik herbeizuführen. Der Rat unterstützt die beschleunigte Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zu Energiewende und Klimaschutz und empfiehlt, die Ausbaupfade und Flächenausweisungen für erneuerbare Energien weiter zu beschleunigen.

2. Wir müssen die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen, insbesondere von russischem Gas und Öl, nun noch zügiger überwinden. Dazu sind dringend vor allem konkrete Schritte zur Energieeinsparung und Suffizienz in Industrie, Haushalten und Verkehr anzugehen, wie z.B. eine Sanierungs-offensive für private und öffentliche Gebäude, die Umstellung von industriellen Prozessen und kurzfristig wirkende Maßnahmen wie die Temperaturregulierung in Gebäuden. Maßnahmen im Wärmebereich sind der wirkungsvollste Hebel, um die Abhängigkeit von russischem fossilem Gas zu verringern. Um die Abhängigkeit von russischem Öl zu reduzieren, unterstützen wir die Umsetzung des von der Internationalen Energieagentur (IEA) vorgeschlagenen 10-Punkte-Plans (u.a. Tempolimit auf Autobahnen, Ausbau Homeoffice, Ausbau Fahrgemeinschaften und anspruchsvollere Flottengrenzwerte). Zudem ist eine Elektrifizierungs-Offensive, etwa durch den beschleunigten Einbau von Wärmepumpen – so weit möglich und wirtschaftlich sinnvoll – und den Umstieg auf E-Mobilität, erforderlich. Im Industrie- und Wärmesektor wird mittelfristig auch Wasserstoff einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten können und müssen. Gleichzeitig empfehlen wir, alternative Importoptionen, insbesondere für Erdgas, zügig zu erschließen, um die negativen Folgen eines möglichen Gaslieferstopps aus Russland abzumildern. Beim Aufbau neuer Gasimportstrukturen sind Lock-in-Effekte zu vermeiden. Der RNE geht zudem davon aus, dass die deutsche Wirtschaft und die deutsche Energieversorgung auch zukünftig in hohem Maße von Energieimporten abhängig sein werden (u.a. bei Wasserstoff). Bei neuen Energielieferverträgen ist auf größtmögliche Diversifizierung zu achten. Neue Lieferabhängigkeiten, insbesondere von nicht demokratischen Staaten, sind zu vermeiden. Die Einigung im Koalitionsvertrag hinsichtlich eines ambitionierten Kohleausstiegs sollte im Interesse von Klimaschutz und Nachhaltigkeit nicht in Frage gestellt werden.

Wenn es in Folge eines russischen Gaslieferstopps zu Versorgungsengpässen kommt, sollten neue Partnerschaften mit Gaslieferanten vereinbart werden, die mit einer Lieferung von Effizienztechnologien und anderen Nachhaltigkeitstechnologien aus Deutschland in die Lieferstaaten verbunden werden. Wenn die Notwendigkeit entsteht, zusätzlich mehr Strom und Wärme mit Kohle zu erzeugen, sollten die Flexibilitäten im Rahmen des europäischen Emissionshandels genutzt werden. Es sollte in jedem Fall



Vorsorge dafür getroffen werden, dass in den kommenden zwei bis drei Jahren Kapazitäten im Notfall aktiviert werden können. Zudem müssten die Einsparmaßnahmen weiter beschleunigt werden.

3. Zirkuläres Wirtschaften darf nicht länger nur eine Überschrift bleiben. Mit dem Ausbau des zirkulären Wirtschaftens können Ressourcenverschwendung und -abhängigkeit sowie klimaschädliche Emissionen deutlich abgesenkt werden. Zudem können durch die Verringerung des Ressourcenbedarfs auch Lieferabhängigkeiten und entsprechende Kosten deutlich reduziert werden. Unter anderem erachten wir es für notwendiger denn je, schnell eine ehrgeizige Strategie für eine Kreislaufwirtschaft und ein zirkuläres Wirtschaften vorzulegen, die eine starke Basis für die rasche Umsetzung ressourcenschonender Maßnahmen schafft.
4. Die Folgen des Krieges erfordern gezielte zusätzliche Mittel sowohl für besonders betroffene Personengruppen und Unternehmen in Deutschland, als auch für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten in Arbeitsmarkt und Bildungssystem sowie für humanitäre Hilfe. Zudem gibt es einen zusätzlichen Mittelbedarf für die Unterstützung des globalen Südens bei der Überwindung der Kriegs- und Pandemiefolgen. Die öffentlichen Haushalte in Deutschland wurden durch die Maßnahmen gegen die Pandemie bereits äußerst strapaziert. Daher sollten für die anstehenden Transformationsprozesse, so weit wie möglich, private Investitionsmittel mobilisiert werden, z.B. durch eine verstärkte Anwendung von Sustainable-Finance-Prinzipien. Zudem müssen alle Investitions- und Förderentscheidungen der öffentlichen Hand konsequent am Nachhaltigkeitsprinzip ausgerichtet werden. Umwelt- und klimaschädliche Subventionen (z.B. das Dienstwagenprivileg, die ÖPNV-Förderung nach Dieselverbrauch und der niedrigere MwSt.-Satz für Fleisch) sind konsequent abzubauen. Wenn, wie absehbar, die genannten Finanzierungsbedarfe in Deutschland und die internationalen Finanzierungszusagen nicht anderweitig gedeckt werden können, sollte die Schuldenbremse nach den Regeln des Grundgesetzes auch im Jahr 2023 ausgesetzt werden. Das weitere Vorgehen hinsichtlich des mittelfristigen Finanzrahmens ist nach den gleichen Grundsätzen zu prüfen. Ein ausgewogener Finanzrahmen schafft die Voraussetzung dafür, dass die Bundesregierung die Nachhaltigkeitsziele entsprechend den eigenen Verpflichtungen und der globalen Mitverantwortung Deutschlands umsetzen kann. In der Situation mehrfacher Krisen dürfen zur Vermeidung sozialer Verwerfungen Optionen zur Erhöhung der Einnahmen kein Tabu sein. Gleichzeitig müssen aber auch die Ausgabenpositionen unter Nachhaltigkeitsperspektive konsequent überprüft werden. Weitere Schäden an unserem Naturkapital auch im Sinne der zukünftigen Generationen zu vermeiden, muss Grundlinie einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik sein.
5. Wir appellieren an die Bundesregierung, die sozialen Folgen der Preissteigerungen bei Energie, Lebensmitteln und anderen wichtigen Grundgütern gezielt zu adressieren. Ein sozialer Ausgleich sollte sich dabei aber auf



besonders betroffene Haushalte konzentrieren; Mitnahmeeffekte sowie negative Effekte auf den Klima- und Umweltschutz und bestehende Preisbildungsprozesse, etwa im Rahmen der CO₂-Bepreisung, sind zu vermeiden. Daher erachtet der RNE vor allem direkte Zahlungen an besonders betroffene Menschen für sinnvoll. Gleichmaßen ermutigt der RNE die Bundesregierung zu einer offenen Kommunikation über bereits eintretende und zukünftige materielle Wohlstandsverluste.

Leitentscheidungen auf europäischer Ebene

6. Die Unabhängigkeit von (russischen) fossilen Energieträgern kann am schnellsten und effizientesten auf gesamteuropäischer Ebene erreicht werden. Die Ambition des European Green Deal, wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, weist unter den aktuellen Vorzeichen erst recht in die richtige Richtung. Der RNE fordert die konsequente und unverzügliche Umsetzung des Green-Deal-Konzepts, um in den nächsten Jahren den gemeinsamen Ausbau von erneuerbaren Energien, die Stärkung der Energieeffizienz und den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft zu beschleunigen. Vor dem aktuellen Hintergrund sollte überprüft werden, ob das Ambitionsniveau in einzelnen Bereichen wie der Energieeffizienz angehoben werden kann und muss. Aufbauend auf dem historischen Erfolg der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl als einem der Gründungsakte der heutigen EU sollte von allen interessierten Mitgliedstaaten im Rahmen der EU eine neue europäische Allianz für Erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff aufgebaut werden. Da sich Deutschland und Europa auf absehbare Zeit aber nicht ausschließlich auf Basis eigener erneuerbarer Energien versorgen können, empfehlen wir, Erneuerbare Energie-, Wasserstoff- und Klimapartnerschaften weltweit aufzubauen, die im Sinne einer Win-win-Situation auch für die Partnerländer wichtige wirtschafts-, energie- und sicherheitspolitische Impulse bringen. Nach diesen Grundsätzen gestaltete, neu ausgerichtete Partnerschaften, u.a. mit Nordafrika und dem Nahen Osten mit dem Schwerpunkt auf grünem Wasserstoff und seinen Derivaten, könnten dabei eine wichtige strategische Funktion übernehmen (s. z.B. das Desert Energy Project).
7. Um Arbeitsplätze zu sichern und die Resilienz von Lieferketten zu steigern und damit die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, ist es notwendig, strategisch relevante Roh- und Grundstoffe sowie Ressourcen zu sichern und deren Quellen zu diversifizieren. Aus Sicht des Rates ist eine stärkere europäische Zusammenarbeit und eine koordinierte Industriepolitik erforderlich, um Abhängigkeiten zu reduzieren und die Diversifizierung und Wettbewerbsfähigkeit in strategisch relevanten Bereichen zu erhöhen. Insbesondere in diesem Kontext kommt dem raschen Aufbau einer zirkulären Wirtschaft in ganz Europa erhebliche Bedeutung zu.
8. Zur Sicherung von Frieden, zum Schutz der Menschenrechte und zur Verteidigung unserer Grundwerte sollte die Sicherheitskooperation in der EU weiter intensiviert werden. Sicherheits-, Nachhaltigkeits- und Klimapolitik



sollten strategisch besser verzahnt und verknüpft werden, beispielsweise hinsichtlich einer gemeinsamen europäischen Energieinfrastruktur. Es muss schon jetzt eine Strategie für die Zeit nach dem Krieg vorgedacht werden. Diese sollte sicherheitspolitische – einschließlich rüstungskontroll- und abrüstungspolitischer – Elemente enthalten, die „menschliche Sicherheit“ weltweit berücksichtigen, aber auch den Aufbau von neuen gemeinsamen sozialen und ökonomischen Entwicklungsstrukturen umfassen, wie z.B. den Ausbau von erneuerbaren Energien.

9. Im Sinne einer Verstärkung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit und Sicherheit, ist Staaten wie der Ukraine, aber auch Georgien und der Republik Moldau, eine neue europäische Perspektive zu geben. Wir empfehlen insofern eine Prüfung verschiedener Optionen, einschließlich der Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas und der neuen Vorschläge von Präsident Macron. Der Verhandlungsprozess mit den Westbalkanstaaten ist zudem zügig voranzubringen.
10. Mit Blick auf die verschärften Angriffe auf elektronische Medien seit Beginn des russischen Angriffskriegs, rufen wir die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zur Sicherung eines pluralistischen öffentlichen Dialogs auf Grundlage von evidenzbasierten Informationen und zur Vermeidung der Manipulation von Informationen in den elektronischen Medien, insbesondere den sozialen Medien, zu ergreifen. Wir sehen dazu einerseits den Bedarf für eine verstärkte Regulierung der Betreiber von sozialen Medien. Andererseits sehen wir in Deutschland eine wichtige Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, über sein Mandat Dialog, Evidenzbasierung und die Darstellung verschiedener Meinungen zu garantieren.

Leitentscheidungen auf internationaler Ebene

Der russische Angriffskrieg stellt die gesamte globale multilaterale Ordnung in Frage. Damit sind auch die internationalen Strukturen zur Erreichung der Nachhaltigkeits- und Klimaziele in Gefahr. Die globale multilaterale Zusammenarbeit und ihre Strukturen müssen dringend wieder gestärkt und dazu auch reformiert werden. Ergänzend gilt es einerseits, die Zusammenarbeit mit den Staaten, die mit uns ein gemeinsames Wertefundament teilen, zu intensivieren. Andererseits wird es für die globale Sicherheit, wie für die Bewältigung der großen globalen Krisen und Herausforderungen, wichtig sein, den Dialog und die Kooperation auch mit Rivalen im Systemwettbewerb auf Grundlage der UN-Charta aufrechtzuerhalten. Multiple, parallele und miteinander verwobene Krisen wie die Folgen des Krieges in der Ukraine, der Corona-Pandemie, des weltweiten Hungers und des Klimawandels oder des Biodiversitätsverlusts erfordern zwingend globale Kooperation.

11. Zur Stärkung der Ernährungssicherheit in besonders gefährdeten Staaten sollten die Handlungsmöglichkeiten der internationalen Organisationen, aber auch der privaten Hilfsorganisationen gestärkt werden. Gleichzeitig macht der weitgehende Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und



Russland Veränderungen in den globalen Ernährungssystemen noch dringender. Dazu gehören insbesondere Veränderungen beim Ressourcen- und Flächenverbrauch der globalen Landwirtschaft. Eine deutliche Verringerung des Fleischkonsums und eine entsprechende Verringerung der industriellen Tierhaltung sind besonders wichtig. Derzeit werden in Deutschland rund 40 Prozent der Ackerflächen für die Tierfutterproduktion genutzt und zudem in erheblichem Umfang Futtermittel importiert. Dies hat zur Folge, dass der internationale Flächenverbrauch des deutschen Ernährungskonsums ähnlich groß ist wie der Flächenverbrauch in Deutschland. In Europa und vielen anderen Staaten der Welt werden zudem erhebliche Flächen für den Anbau von Energiepflanzen genutzt. Diese Flächen sollten in Zukunft für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehen. Daher sollten u.a. EU-Regeln, die eine verpflichtende Beimischung von Biokraftstoff vorsehen, verändert werden. Gleichzeitig sollten die kleinbäuerlichen Strukturen und die heimische Lebensmittelproduktion im globalen Süden gestärkt werden, um die Importabhängigkeit vieler Länder, die ehemals Lebensmittelexporteure waren, wieder zu reduzieren und ihre Ernährungssouveränität und -sicherheit zu stärken.

12. Fortschritte beim Schutz der Gesundheit der Menschen in vielen Staaten des globalen Südens, bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, der Vorsorge für weitere Pandemien und damit letztendlich der globalen Gesundheit hängen von Know-How-Transfers, von der Gestaltung des Patentrechts und der finanziellen Unterstützung aus den Industrieländern ab. Genauso brauchen die Staaten des globalen Südens Unterstützung bei ihrer Anpassung an den Klimawandel, beim Umgang mit irreversiblen Schäden und Verlusten durch den Klimawandel und bei der Transformation zu klimaneutralen und ressourcenarmen Infrastrukturen und Systemen. Für Klimaanpassungsmaßnahmen und den Klima- und Biodiversitätsschutz haben die Industrieländer dem globalen Süden im Sinne ihrer historischen Verantwortung für einen Großteil der klimaschädlichen Emissionen, die Übernutzung der natürlichen Ressourcen und der Gefährdung und Auslöschung von Arten und Habitaten Finanzausgaben gemacht. Diese Zusagen sind im Sinne des Schutzes der globalen Gemeingüter und der internationalen Glaubwürdigkeit der Industrieländer auch in Krisenzeiten einzuhalten. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, dass anders als im Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 und in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, ausreichende Finanzmittel für die globale Gesundheitspolitik (z.B. den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria), den internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz, die globalen Klimaanpassungsmaßnahmen und die Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung in den Staaten des globalen Südens zur Verfügung stehen. Wir müssen zudem die besonders betroffenen Staaten auch bei der Bewältigung der Kriegsfolgen, insbesondere der gestiegenen Nahrungsmittel- und Düngemittelpreise, unterstützen. Dies umso mehr, als die genannten Kriegsfolgen, insbesondere die gestiegenen Nahrungsmittel- und Düngemittelpreise, sie noch zusätzlich belasten



und kurzfristig humanitäre Hilfe sowie mittelfristig soziale Sicherheitssysteme erfordern.

13. Insgesamt müssen die Bedrohungen für das planetare Gleichgewicht entschlossen angegangen werden. Weitere Überschreitungen der planetaren Grenzen müssen im Sinne der zukünftigen Generationen vermieden werden.

Unser Appell: Ein neues Miteinander durch einen globalen Zukunftspakt besiegeln

Die aktuelle Zeitenwende betrifft nicht nur die Sicherheitslage in Europa. Sie hat auch erhebliche Auswirkungen auf das Erreichen der globalen Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung, sowie für die langfristigen Entwicklungsperspektiven unseres Planeten. Wir brauchen nun noch mehr Mut, um mit großer Geschwindigkeit die Transformation zu meistern, und einen politischen Geist, der Umsetzung und Pragmatismus honoriert. Sicherheitspolitisch, aber auch hinsichtlich der Transformation zur Klimaneutralität, resilienter Lieferketten und des Biodiversitätsschutzes müssen wir nun beweisen, dass freiheitlich-demokratische Gesellschaften im Systemwettbewerb bestehen können.

Deswegen ist jetzt ein konsequentes Handeln in Deutschland, Europa und auf globaler Ebene sowie ein neues Miteinander von Bürgerschaft, Politik und Wirtschaft nötig. Die Nachhaltigkeit ist dafür der richtige Kompass. Die EU sollte mit Partnern einen Dialog für einen neuen globalen Zukunftspakt für Nachhaltige Entwicklung starten. Der vom UN-Generalsekretär für das Jahr 2023 vorgeschlagene UN-Zukunftsgipfel wäre der richtige Rahmen für einen solchen Pakt.

Über den Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) berät die Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik. Er ist in seiner Tätigkeit unabhängig und wird seit 2001 alle drei Jahre von der Bundesregierung berufen.

Ihm gehören 14 Personen des öffentlichen Lebens aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik an. Den Vorsitz führt seit 2020 Dr. Werner Schnappauf, stellvertretende Vorsitzende ist Prof. Dr. Imme Scholz. Der Rat führt auch eigene Projekte durch, mit denen die Nachhaltigkeit praktisch vorangebracht wird. Zudem setzt er Impulse für den politischen und gesellschaftlichen Dialog. Der Rat wird von einer Geschäftsstelle mit Sitz in Berlin unterstützt.

Impressum

Rat für Nachhaltige Entwicklung, Geschäftsstelle
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH
Potsdamer Platz 10
10785 Berlin
[n nachhaltigkeitsrat.de](https://nachhaltigkeitsrat.de)